



Staatsverdross

Meschede, November/Dezember 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eigentlich wollte ich Ihnen in meiner letzten Kolumne des zu Ende gehenden Jahres eine wirtschafts- und finanzpolitische Standortbestimmung liefern. Aber ich kann der Versuchung nicht widerstehen, mir einmal meinen ganzen Frust über die Lebensumstände von der Seele zu schreiben, die ich als am stärksten belastend empfinde. Hier meine persönliche „Hitliste“:

Was empfinden Sie bzw. woran denken Sie bei dem Begriff „**Polizei**“? Ich selbst bin noch mit der Bezeichnung „Schutzmann“ groß geworden. Darunter verstanden wir die persönliche Erscheinung eines ordnungsstiftenden Polizisten, der sich in den Straßen unserer Stadt wahrnehmbar um die Sicherheit der Bürger kümmerte, die gelebte und erfahrbare Vorstellung von „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“. Das waren noch Zeiten!

Was machen die Freunde und Helfer heute? Sie liegen in großer Zahl mit Laserpistolen und Blitzgeräten hinter Mauern und Büschen und lauern den Autofahrern auf. Um nicht missverstanden zu werden: Ich will keinesfalls zu schnelles Autofahren verteidigen, schon gar nicht an echten Gefährdungspunkten wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern. Aber heute ist es doch so, dass im Interesse von Gebühreneinnahmen eine systematische Wegelagerung und Abzocke auf unseren Straßen und Autobahnen stattfindet. Lesen Sie mal in den Haushalten von Ländern und Kommunen nach, was dort an solchen Einnahmen veranschlagt wird! Wenn man das alles durch Verwarnungsgelder u. ä. hereinholen will, dann bleibt entsprechend weniger Zeit für die Erfüllung echter Hilfs- und Schutzfunktionen.

Damit komme ich zu einem wirklich bedrückenden Ereignis, dem Umgang unserer Sicherheitsbehörden mit der Mordserie der rechtsterroristischen **Zwickauer NSU-Zelle**. Der Tragödie erster Akt: Diese Leute konnten über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren durch unser Land ziehen und Morde an Migranten verüben, ohne gefasst zu werden. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass unsere diversen Sicherheitsbehörden sehr wohl Informationen über die Täter hatten, die aber niemals so zusammengeführt worden sind, dass ein Fahndungserfolg in den Bereich des Möglichen kam. Und warum? Weil die diversen Ämter und Behörden, die wir mit unseren Steuergeldern bezahlen, eigensüchtig auf ihren Erkenntnissen saßen und durch mangelnde Kooperation das Entstehen eines zielführenden Gesamtbilds verhindert haben.

Der Tragödie zweiter Teil: Als endlich das gesamte Ausmaß des Schreckens bekannt war und ein Bundestagsausschuss eingesetzt wurde mit dem Ziel, die ganze Affäre aufzuarbeiten, haben sich die befragten Behörden geradezu überboten mit Beweisen an mangelnder Professionalität. Bis heute wird gemauert und vertuscht. Was gleichwohl ans Tageslicht kommt, ist geradezu haarsträubend! Und trotzdem wehren sich die Betroffenen mit eigensüchtiger Chuzpe gegen eine wirklich dringend erforderliche Restrukturierung der Dienste (es hat ein „Reförmchen“ gegeben), und unsere Politiker lassen ihnen das durchgehen.

Kommen wir zu den öffentlichen Finanzen, mithin unser aller Geld. In Berlin spielt sich vor dem Hintergrund ohnehin ungezügelt wachsender Haushaltsdefizite seit einigen Jahren ein Trauerspiel besonderen Ausmaßes ab. Es geht um den neuen **Hauptstadt-Airport Berlin-Brandenburg**. Dessen Eröffnung ist bereits dreimal um insgesamt zwei Jahre verschoben worden, und jetzt wird erneut darüber spekuliert, dass der aktuell genannte Eröffnungstermin 27.10.2013 nicht zu halten sein wird, weil insbesondere die Brandschutzproblematik immer noch nicht gelöst ist. Offensichtlich können es die öffentlichen Planer einfach nicht! Und den Steuerzahler kosten die immer neuen Verzögerungen mehrere Milliarden Euro. Ein Musterbeispiel öffentlicher Verschwendung, für das der Bund der Steuerzahler seit vielen Jahren die Einführung eines Straftatbestands fordert.

Damit wären wir schlussendlich bei den **Steuern**. Weil die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren prosperiert hat und in diesem Jahr noch ganz ordentlich läuft, wird der Gesamtstaat 2012 so viel Steuern einnehmen wie nie zuvor, nämlich über 600 Milliarden Euro. Das Steueraufkommen wächst wegen der progressiven Einkommensteuer im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum überproportional. Das wäre genau der richtige Zeitpunkt für eine Budgetkonsolidierung mit dem Ziel, endlich einmal zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Wann – mit Verlaub gefragt – soll das denn sonst gelingen?

Aber was machen unsere Politiker? Auf der einen Seite fehlt die politische Kraft, den Steuerzahlern – gegenfinanziert durch Ausgabenkürzungen – durch eine Abmilderung der Tarifprogression etwas von dem zurückzugeben, was ihnen die Inflation seit Jahren wirtschaftlich unberechtigt wegfrisst (schleichende Progression). Auf der anderen Seite nimmt die Tendenz zu, durch fragwürdige Mehrausgaben das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts auf der Zeitachse immer weiter nach hinten zu verschieben, weil es mal wieder auf Wahlen zugeht. Schlimmstes Beispiel dafür ist das **Betreuungsgeld**, das überdies auch ordnungspolitisch völlig daneben ist, weil es dem vernünftigen Ziel einer stärkeren Integration der Frauen in das Wirtschaftsleben zuwiderläuft („Fernhalteprämie“). So etwas wird sich spätestens rächen, wenn im nächsten Wirtschaftsabschwung die Steuern überproportional sinken. Diesen Wirkungsmechanismus kann die Politik nämlich nicht beeinflussen.

Lassen wir die Hoffnung auf bessere Zeiten trotzdem nicht sinken. Mit den besten Grüßen für das Weihnachtsfest und den bevorstehenden Jahreswechsel bin ich Ihr